

Grenzen der direkten Demokratie

Autor(en): **Engel, Barbara**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **39 (2012)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

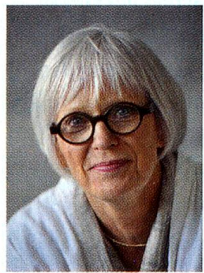
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Grenzen der direkten Demokratie

SCHWEIZERINNEN UND SCHWEIZER WOLLEN nicht noch mehr Demokratie. So kann man das Abstimmungsresultat vom 17. Juni über das obligatorische Referendum bei Staatsverträgen interpretieren. Mehr als 75 Prozent der Stimmberechtigten haben sich gegen die Initiative «Staatsverträge vors Volk», also gegen einen Ausbau der Volksrechte, ausgesprochen. Ein solch klares Verdikt hatte niemand erwartet. Die Vermutung, dass die Stimmberechtigten in der Schweiz nicht noch mehr Demokratie wollen und mit den Abstimmungen über oft sehr komplexe Sachgeschäfte an ihre «Belastungsgrenze» stossen, wird auch durch die sehr niedrige Stimmbeteiligung untermauert – sie lag am 17. Juni bei gerade mal 38 Prozent. Sicher werden sich Politologen in den nächsten Monaten die Analyse des Abstimmungsresultats vornehmen und die Frage zu klären versuchen, wann ein Volk mit der Demokratie überfordert ist.

Von einigen Schweizer Politikern wurde das Resultat der Abstimmung über die Initiative «Staatsverträge vors Volk» auch als Ausdruck des Vertrauens ins Parlament und in die Regierung gedeutet. Das scheint eine eher gewagte Interpretation, schliesslich haben dieselben Stimmberechtigten gleichentags die Managed-Care-Vorlage, die von Regierung und Parlament unterstützt wurde, sehr deutlich abgelehnt (Details zu den Resultaten Seite 19).



Immer lauter wird derzeit der Ruf nach mehr Demokratie und Volksentscheiden ausserhalb der Schweiz – auch in über jeden Zweifel erhabenen Demokratien wie Deutschland und Österreich. Das Gefühl des Ausgeliefertseins, durch die Globalisierung, durch die «Sachzwänge» der Finanz- und Wirtschaftskrise und die oft als bürgerfern empfundenen Entscheide der EU, dürfte Auslöser für diesen Wunsch sein. In Österreich sammelt das Komitee «MeinOE» derzeit Unterschriften für ein Volksbegehren zur Demokratiereform mit mehr direktdemokratischen Entscheiden. Federführend sind dabei erstaunlicherweise einige prominente Politiker.

Wie schwierig Entscheidungsfindungen und Reformen im Rahmen der schweizerischen Demokratie mit der grossen Rücksichtnahme auf den Föderalismus oft sind, haben wir in den vergangenen zwei Jahrzehnten in der Bildungspolitik erlebt. Dort hat sich die Situation nun einigermaßen geklärt, die Grabenkämpfe sind vorüber, die schwierigsten Probleme scheinen gelöst. Wir widmen der Bildungslandschaft Schweiz deshalb in diesem Heft einen Schwerpunkt (ab Seite 8). Dies auch aus Anlass des 50. Geburtstags von AJAS, dem Verein zur Förderung der Ausbildung junger Auslandschweizer. AJAS ist der Auslandschweizer-Organisation angeschlossen und ist für junge Auslandschweizer im Dschungel von Behörden und Institutionen in der Schweiz oft eine grosse Hilfe.

Und schliesslich möchte ich nochmals auf den «Fall Hildebrand» zurückkommen. Der Umgang der Medien mit Philipp Hildebrand als Nationalbankpräsident und sein Rücktritt am 9. Januar 2012 sind in der Schweiz heftig und kontrovers diskutiert worden. Auch der Schweizer Presserat, Beschwerdeinstanz für Publikum und Medienschaffende bei medienethischen Fragen, hat sich eingehend mit dem Fall beschäftigt und kurz vor Redaktionsschluss seine Stellungnahme veröffentlicht. Da auch mein Beitrag zu dem Thema mit dem Titel «Protokoll eines erzwungenen Abgangs» in der «Schweizer Revue» vom April 2012 von einigen Leserinnen und Lesern – und von der «Weltwoche» – beanstandet worden ist, stellen wir die Ausführungen des Presserats auf unsere Website. Es sind interessante Überlegungen zu den Aufgaben der Medien und Hintergründe zum Fall Hildebrand.

www.revue.ch/Editorial

BARBARA ENGEL

4

Briefkasten

5

Gelesen: Das Schweizbild und die Literaten

6

Gesehen: Die besten Schweizer Pressebilder

8

Bildungspolitik war ein Kampffeld der politischen Parteien – nun lichten sich die Wolken

12

Patrick Aebischer machte die EPFL vom Aschenputtel zur Königin unter den Unis

14

Informatiker der ETH bringen Primarschülern in Davos das Programmieren bei

15

Der Schweizer Geschäftsmann Marcel Cellier hat osteuropäische Musik populär gemacht

18

E-Voting: Das sagen Auslandschweizer zu den Vorteilen und den Risiken

19

Abstimmungen

20

Landschaftsschutz: Politiker haben ein Einsehen

21

Vier Jahre Kampf um die «Abzockerinitiative»

22

Reise rund um die Welt mit «PlanetSolar»

26

ASO-Informationen

29

Aus dem Bundeshaus

30

Echo

Titelbild: Das Rolex-Learning-Center der École Polytechnique Fédérale in Lausanne. In diesem Heft wird deren Präsident, Patrick Aebischer, porträtiert, denn er hat dafür gesorgt, dass die EPFL in den vergangenen Jahren weltweit hohes Ansehen erlangt hat. In Lausanne findet auch der diesjährige Auslandschweizer-Kongress statt. Foto: SANAA / ZVG